

# GEHEIMDIENSTE IM AUFWIND

von Dieter Schenk

Dieter Schenk, vormalig Kriminaldirektor beim BKA, ist erstmals bundesweit als Buchautor aufgefallen, als er den Tatsachenroman „BKA - Reise nach Beirut“ veröffentlichte, eine erste Abrechnung mit diesem Hüter der Ordnung. Das war 1990. Inzwischen sind eine Reihe weiterer Bücher von ihm erschienen, die sich überwiegend mit den Verbrechen der Nazis in Polen befassen. Für diese Leistung erhielt er eine Honorarprofessur in Lodz, einen hohen polnischen Orden und das Bundesverdienstkreuz. Eine kritische Biographie über den bedeutendsten der BKA-Chefs Horst Herold und die Bekämpfung des Terrorismus der RAF erschien 1998. Zur Buchmesse 2001 wird nun Schenks wahrscheinlich letztes Buch über das BKA erscheinen. Titel: „Auf dem rechten Auge blind“. Schenk zieht Bilanz über das BKA der Nachkriegszeit, das von schwer belasteten NS-Verbrechern gegründet und beherrscht wurde. In diesem Jahr feiert das BKA seinen 50. Geburtstag. Grund zum feiern? Mit ihm auch Verfassungsschutz und Geheimdienste. Unter den Folgen der Personalpolitik im Kalten Krieg haben das Amt und die deutsche Demokratie noch immer zu leiden. Hier einige kritische Gedanken über die Zukunftschancen dieser Institutionen. **Die Redaktion**

In diesem Jahr feiern viele ehemals westdeutsche Bundes- und Landesbehörden, die Anfang der fünfziger Jahre gegründet wurden, ihr fünfzigjähriges Jubiläum. So auch der Verfassungsschutz. Ob es wirklich einen Grund zum Feiern gibt, sei in diesem Fall in Frage gestellt.

Zweifel in die demokratische Basis mancher Behörden beginnen bereits mit der erwiesenen Tatsache, dass zum Beispiel Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst von ehemaligen Angehörigen der NS-Sicherheitspolizei aufgebaut wurden.

Das waren Beamte, die ihr Handwerk unter Himmler und Heydrich gelernt hatten und vom Reichssicherheitshauptamt, einer Terrorzentrale, gesteuert wurden. Die Sicherheitspolizei setzte sich in den Jahren 1937 bis 1945 aus Kriminalpolizei, Geheimer Staatspolizei (Gestapo) und dem Sicherheitsdienst (SD) zusammen.

Die Kripo war nicht nur für die Aufklärung von allgemeinen Straftaten, sondern auch für die sogenannte Vorbeugende Verbrechensbekämpfung zuständig, was real so aussah, dass „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher“, „vorbestrafte“ Juden, Sinti und Roma, „Asoziale“, Homosexuelle mit Vorbeugungshaftbefehlen in Konzentrationslagern eingewiesen wurden.

70 bis 80.000 Opfer werden der Kripo zur Last gelegt, wozu außerdem noch solche addiert werden müssen, die von der Kripo den Sondergerichten überantwortet wurden (zum Beispiel wegen „Schwarzschlachtens“)

und mit der obligatorischen Todesstrafe rechnen mussten.

Die Gestapo war vorrangig für Sachverhalte zuständig, die aus politischen Gründen kriminalisiert wurden. Sie verhängte Schutzhaft, die in Konzentrationslagern vollstreckt wurde und meistens den sicheren Tod bedeutete, ermordete politische Gegner und wandte Folter an („verschärfte Vernehmung“). Ausländische Arbeitsklaven waren ihr genau so ausgeliefert wie Kriegsgefangene. Die „Endlösung der Judenfrage“ geht auf ihr Konto mit Millionen Opfern aus der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und in den besetzten Gebieten.

Der SD überzog mit seinem Blockwartssystem und seinen 30.000 V-Leuten die Bevölkerung mit seinem totalitären Spitzeldienst. Er organisierte und befahl die Einsatzgruppen (Todesschwadronen) in den besetzten Gebieten, deren Völkermord Millionen von Opfern an Juden, unschuldigen Frauen und Kindern, vermeintlichen oder tatsächlichen Gegnern der Nazis und an wirklichen oder vermuteten Partisanen forderte

Die Aufgaben dieser Sparten der Sicherheitspolizei waren untereinander vernetzt, wurden sowohl in gegenseitiger Amtshilfe als auch in übereifriger Konkurrenz untereinander wahrgenommen und unter dem Dach der SS sanktioniert.

Wenn nun solche ehemaligen Mitarbeiter von Dienststellen, die der Nürnberger Gerichtshof als verbrecherische Organisationen bezeichnet hat, in Sicherheitsbehörden der Nach-

kriegszeit in West-Deutschland erneut Fuß fassen und teilweise steile Karrieren machen konnten (in der DDR hatten sie solche Chancen bis auf wenige Ausnahmen nicht), dann ist das kaum zu glauben, aber wahr.

Zum Führungsnachwuchs des Bundeskriminalamtes zählten zu einem Drittel Gestapo-Leute. Oft war es allerdings so, dass die belastete Vergangenheit von Bewerbern für das BKA so groß war, dass man sie sofort an das Bundesamt für Verfassungsschutz oder die Organisation Gehlen (Vorläuferin des BND) weiterleitete, in deren Anonymität sie untertauchten. Beide Nachrichtendienste waren hochprozentig von solchen Kräften durchsetzt.

Diese Mitarbeiter bestimmten über Jahrzehnte den Geist dieser Behörden, was sich nicht nur in einer Kette von Skandalen, sondern auch in der langfristigen Bildung demokratiefeindlicher Strukturen und Ideologien niederschlug und seit Jahren zu der Frage Anlass gibt, welche Existenzberechtigung der Bundesnachrichtendienst – zumal nach Verlust des östlichen Feindbildes – und der Verfassungsschutz in einer demokratischen Gesellschaft überhaupt noch hatten.

Dass sie – obgleich inzwischen ein Generationenwechsel stattgefunden hat – heute ebenso entschieden gegen Neonazis wie einst gegen Sozialisten und Kommunisten vorgehen würden – ist nach bisheriger Erfahrung nicht zu erwarten.

Die Nachrichtendienste befürchteten bisher zu Recht, dass ihre Daseinsberechtigung auf tönernen Füßen

stand, weswegen sie sich nach 1989 schnell neue Aufgabengebiete suchten. Der BND mischt sich in die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität ein, indem er mit einem „elektronischen Staubsauger“ unzählige Telefongespräche abhört, wenn bestimmte Reizwörter bei den Gesprächspartnern fallen.

Das praktisch verwertbare Ergebnis ist ein Flop, der Eingriff in Grundrechte der Bürger allerdings immens (wie ja die Bundesrepublik bei den richterlich angeordneten Lauschangriffen mit deutscher Perfektion Jahr für Jahr als Weltmeister abschneidet).

In den vergangenen Wochen machte sich auch der hessische Verfassungsschutz ein Geschenk zum 50jährigen Jubiläum und folgt dem Land Bayern, indem durch ein Gesetz zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität der Verfassungsschutz elektronische Lauscheinrichtungen in Wohnungen installieren darf, wenn der Verdacht besteht, dass jemand Delikte wie Prostitution, Zuhälterei, Waffen- und Fälschungsdelikte, Menschenhandel, Geldwäsche, Glücksspiel – aber auch Urkundenfälschung, Versicherungsbetrug oder Bestechung „plant oder begeht“. Bei „Gefahr im Verzug“ darf der hessische Verfassungsschutz-Chief die Maßnahme anordnen, muss aber einen Gerichtsbeschluss nachholen.

Das BKA sieht die Konkurrenz ungern und argwöhnt, es habe sich doch bereits in Bayern gezeigt, dass die Verfassungsschützer den Ermittlern kaum helfen könnten, zumal vor Gericht nur Beweise zählen, die nicht auf anonymen Quellen beruhen. Außerdem führe das zu Doppelarbeiten und Informationsverlusten.

Bleibt demnach abzuwarten, wann sich bei einem Dealertreff Verfassungsschützer und Kripo-Beamte mit gezogener Waffe gegenüber stehen, während der V-Mann mit dem „Stoff“ das Weite sucht.

Nach Kriegsende verlangten die Besatzungsmächte, indem sie auf die schrecklichen Erfahrungen in der NS-Zeit verwiesen, eine absolute Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten. Ein Verlangen, das sogar im Grundgesetz seinen Niederschlag fand. Auch dem BKA wurden zunächst keine exekutiven Befugnisse zugestanden.

Die neu gegründete Sicherungsgruppe des BKA weichte diesen Grundsatz aber schnell auf, indem sie sich die sachliche Zuständigkeit für eine repressive Bekämpfung politischer Straftaten durch staatsanwaltschaftlichen Auftrag „erschlich“.

Der Kalte Krieg, die Teilung Deutschlands und die Gruppierung der Staaten in jeweils einen östlichen und einen westlichen Block, drängte die Bedenken der Alliierten, die nunmehr auch ihre schützende Hand über Beamte mit Nazi-Vergangenheit hielten, binnen weniger Jahre immer mehr zurück. Denn der Kampf galt jetzt einem Feind, der – wie im „Dritten Reich“ – hauptsächlich im Osten zu suchen war.

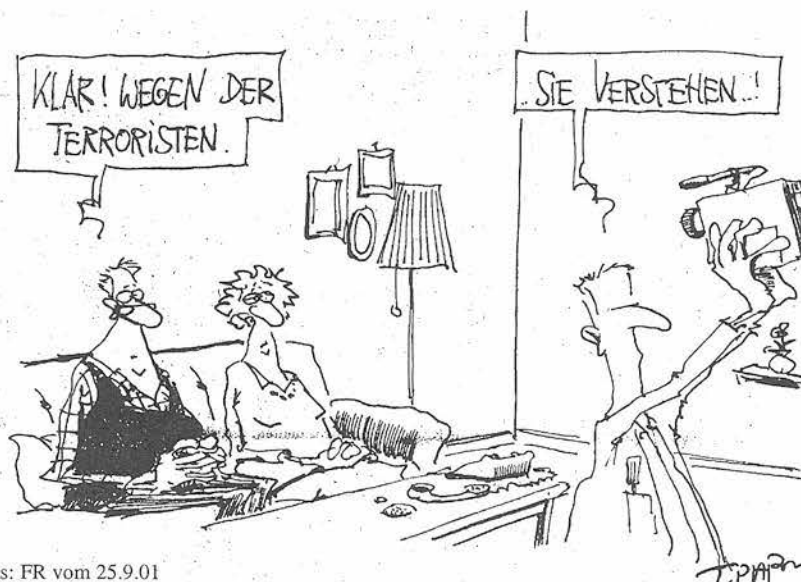
Das Personalkarussell zwischen BKA, BND und BfV, eine undurchsichtige gegenseitige Amtshilfe und die Vernetzung von EDV-Systemen lassen schwer eine Einschätzung zu, wer wie viel Macht im Staate ausübte. Daran hat sich eigentlich bis heute wenig geändert. Bleibt zu hoffen, dass der Hessische Staatsgerichtshof das Kuckucksei, das der hessische Verfassungsschutz ins Nest der Polizei legen will, für verfassungswidrig erklärt. Nach den Anschlägen in Amerika werden Geheim- und Nachrichtendienste ihre Identitätskrise für beendet erklären, denn sie haben ein neues Feindbild gefunden. In der Bundesrepublik werden Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz wie auch die Sicherheitsbehörden allgemein ihre Verdachtsstrategien auf alle ausländischen Mitbürger islamischen Glaubens ausdehnen.

Man erinnere sich daran, dass in den siebziger Jahren allen kritischen Bürgern unterstellt wurde, mit der RAF zu paktieren und mit dem Terrorismus zu sympathisieren. Es ist also zu befürchten, dass nun, nachdem die NATO dem Terrorismus den Krieg erklärt und damit Terroristen, die nach bisherigem Verständnis nichts weiter als gefährliche Verbrecher waren, zu einer Quasi-Staatsmacht aufgewertet hat, die Law-and-Order-Fraktionen der großen Volksparteien eine neue Grundlage gefunden haben, den Überwachungsstaat weiter auszubauen.

Er wird voraussichtlich nicht nur organisierte Kriminalität und Terroristen, sondern auch Globalisierungskritiker, Demonstranten gegen Neonazis und rechte Gewalt, streikende Arbeiter und Bürgerinitiativen, Kriegsgegner und Umweltschützer sowie Kritiker von Verbrechen der Mächtigen in unserer Gesellschaft strategisch bekämpfen.

Die letzten Jahrzehnte haben bewiesen, dass „erfolgreiche“ Geheimdienste kriminelle Geheimdienste sind, dafür hat die CIA genügend Beispiele geliefert. Es mutet wie ein schlechter Witz an, wenn in diesen Tagen ausgerechnet Henry Kissinger (ehemaliger US-Präsidentenberater und US-Außenminister), gegen den Strafverfahren anhängig sind, weil er in die CIA-Verbrechen z.B. in Chile tief verstrickt sein soll, nach einem Erstarken der US-Geheimdienste ruft. -

Schlimme Aussichten für alle, die statt auf mehr Überwachung von Demokraten auf mehr Demokratie gesetzt haben.



aus: FR vom 25.9.01